

Erscheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Johnannigasse 22.

Preissender der Redaction:  
Sonntags 19 — 12 Uhr.  
Nachtmittags 4 — 6 Uhr.

Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Anzeigen am Montag den  
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 9 Uhr.  
In den Filialen für Zaf. Annahme:  
Otto Rönne, Unterstraße 22,  
Sudisstraße, Rathhausstr. 19, P.  
nur bis 7/8 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kastage 15,500.

Aboamente per Viertel 4 1/2 W.  
incl. Postgebühren 5 W.  
durch die Post bezogen 6 W.  
Jede einzelne Nummer 25 W.  
Belegexemplar 10 W.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postgebühr 36 W.  
mit Postgebühr 45 W.  
Inserate 3 gesp. Zeitzeile 20 W.  
Kleberer Schriften laut unserem  
Preisverzeichnis — Tabellenänder  
Satz nach höherem Tarif.  
Kleinanzeigen unter dem Redactions-  
buche die Spalte 40 W.  
Inserate sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pränumerando  
oder durch Postremittenz.

No 147.

Montag den 27. Mai 1878.

72. Jahrgang.

## Bekanntmachung.

Der Kammerjäger Herr Ernst Julius Köfer ist von und mit Anweisung versehen worden, die in den  
pflanzlichen Schleusen befindlichen Ratten mittelst Strypnin zu vertilgen.  
Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntniss und fordern alle künftigen Grundstücksbesitzer auf, auch in  
ihren Gebäuden, Privatgärten u. c. für Beseitigung derselben besorgt zu sein und sich zu diesem Behuf  
entweder direct an zc. Köfer oder unsere Markt-Expedition, Hospitalstraße 2b parterre, wo Bestellungen  
entgegen genommen werden, zu wenden.  
Leipzig, den 26. Mai 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Erdmann, Secretär.

## Zum Waisenfest

(Feststimmung) Dienstag den 28. Mai, Nachmittags von 2 Uhr an im Lisoli alhier sind Freunde,  
Gönner und Pfleger unserer Waisen hiermit höflich eingeladen von  
der Waisenhauptverwaltung.

## Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 26. Mai.

Der Reichstag hat bisher niemals ein behagliches  
Stillleben geführt. Arbeitvoller, mühseliger aber,  
als diese letzte Session, ist kaum eine ihrer Vor-  
gängerinnen gewesen. Und doch haben die Abge-  
ordneten und mit ihnen das Volk niemals mit ge-  
ringerer Betheiligtheit auf die erzielten Ergebnisse  
bilden können, als heute. Von größeren Aufgaben  
hat nur eine, diejenige einer Durchsicht der ge-  
setzlichen Bestimmungen über das gewerbliche  
Leben, einigermaßen ihre Rechnung gefunden. Die  
das Lehrlingswesen und die Arbeiterverhältnisse  
betreffenden Abschnitte der Gewerbeordnung sind  
unter Berücksichtigung der aus den eingehenden  
Streifen laut vorgesehenen Wünsche einer maßvollen  
Umgestaltung unterzogen worden. Dagegen ist  
der Versuch, besondere Gewerbegebiete zu errich-  
ten, noch im letzten Augenblicke gescheitert. Die  
Gewerbeordnung-Novelle ist unter allen Um-  
ständen eine dankenswerthe Frucht der parlamen-  
tarischen Arbeiten. Aber sie bildet nicht den Kern  
der Session. Eine ungleich umfassendere und tiefer-  
greifende Aufgabe war derselben gestellt. Die letz-  
ten Jahre hatten in der bisherigen Organisation  
der Centralverwaltung des Reichs die bedeutendsten  
Lücken und Mängel aufgewiesen. Einerseits  
machte die andauernde Erschlüpfung der Gesund-  
heit des Reichskanzlers, für den mit dem herein-  
brechenden Frühjahr die gewaltigen Persönlichkeiten des künftigen  
Reichstags drohenden Verlust bei Zeiten  
in einer zweckmäßig organisierten Vertheilung der  
in dem Kanzler bis jetzt zusammengefaßten Ueber-  
fälle von Befugnissen den allein möglichen Ersatz  
zu schaffen. Andererseits drängten die finanziellen  
Bedürfnisse zu einem entscheidenden Fortschritt in  
dem inneren Ausbau des Reichs. Die aus der  
Natur eines großen Staatswesens sich von selbst  
ergebende Forderung, das Reich von den Einzel-  
staaten finanziell unabhängig zu machen, es lediglich  
auf die eigenen Mittelquellen anzuweisen, rief mit  
Kraft und Ueberzeugung die Frage einer umfassenden Reform  
des Steuerwesens im Reich und in den Particular-  
staaten hervor. In diesem innerlich zusammen-  
hängenden Problem der Organisations- und der  
Steuerreform war der diesjährigen Session die  
eigentliche Aufgabe gegeben. Nicht die Schuld des  
Reichstags ist es, daß sie ungelöst geblieben. Die  
Anfangs von der Regierung gemachten Steuer-  
vorlagen bezweckten lediglich eine mit dem augen-  
blicklichen Anfall in dem Ertrage der Zölle und  
Verbrauchssteuern motivirte Steuererhöhung,  
nicht eine Steuerreform. Die vernichtende Kritik,  
welche an denselben in den Februar-Debatten geübt  
wurde, beantwortete die Regierung mit der schlicht-  
verhüllten Forderung des Tabakmonopols. Auch darin  
konnte für den Reichstag nur ans Feuer die Anregung  
zu einer ablehnenden Kritik liegen. So war  
die Signatur der eben geschlossenen Session —  
Rechtsanwaltsordnung und Gerichtsverfätsungsgesetz,  
als notwendige Folgen der großen Justizgesetze,  
können ihr kaum als Verdienst angerechnet wer-  
den — eine traurige Unfruchtbarkeit, verbunden  
mit einer stets wachsenden Uneinigkeit zwischen  
Regierung und Reichstag. In letzterer Beziehung  
solte noch im äußersten Augenblicke der Session  
dem Vorangegangenen die Krone aufgesetzt werden.  
Der Verlauf der letzten Session hat die schlimmsten  
Befürchtungen, welche sich an die Socialistenvorlage  
hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Regierung  
und Reichstag knüpften, wohl einigermaßen be-  
schwächtigt. Aber die Zukunft unserer inneren  
Dinge ist heute düster und trostlos verhüllt, als  
je zuvor.

Aus Berlin, 24. Mai, meldet die „Allg. Ztg.“:  
Der Kaiser hat das Entlassungsgesuch des Cultus-  
ministers Fall nicht zurückgewiesen. Fall legte  
eine Denkschrift über seine Stellung zur ewange-  
lischen Kirchenpolitik vor und macht sein Verbleiben  
vor der Billigung derselben abhängig. Der Kaiser  
hat sich die Rücksprache mit dem Reichskanzler  
vorbehalten. (Der „Magd. Ztg.“ wird von neuen  
Rücktrittsplänen Bismarcks geschrieben.)

In ihrer Besprechung der Socialisten-  
debatte legt die „R. A. Z.“ besonderen Werth auf  
die Aufforderung des Abgeordneten v. Bennigsen  
an die Regierung, erst die bestehenden Gesetze aus-  
zuarbeiten, ehe sie die Anwendung zu bringen. Das Blatt

meint, die nationalliberale Partei habe damit „ein  
Engagement vollzogen, dessen bindenden Verspich-  
tungen sie sich nicht mehr wird entziehen können,  
ohne sich vor dem Lande für vollkommen banferott  
zu erklären.“ Die nationalliberale Partei hat noch  
niemals der Regierung, wo sie sich in der Anwen-  
dung der Gesetze befand, ihre Unterstützung ver-  
sagt; im Gegentheil, sie hat dieselbe stets allen das  
Staatsleben bedrohenden Gefahren gegenüber zur  
rücksichtslosen Anwendung der Gesetze aufgefodert.  
Wir müssen also nicht, welches neue Engagement  
die nationalliberale Partei jetzt eingegangen wäre.  
Wenn die „R. A. Z.“ etwa der Ansicht ist, daß  
die Partei nunmehr auch eine Handhabung der  
Gesetze decken müsse, welche sich bei Nicht-  
befolgen als eine Ueberschreitung derselben herausstellen  
würde, so befindet sie sich freilich stark im Irrthum.

Zu unserer Bedauern ist gestern unter den drei  
Mitgliedern der nationalliberalen Fraktion, welche  
für das Amendement Veseler gestimmt haben, irr-  
thümlich der Abg. Darnier ausgefallen. Herr  
Darnier hat sowohl gegen die Regierungsvorlage  
wie gegen den Veselerschen Abänderungsantrag  
gestimmt. Dagegen stimmte der nationallibe-  
ralen Fraktion angehörige medienburgische Abg.  
Roeller für das Amendement Veseler.

Die vom Untersuchungsrichter des Stadtgerichts  
geführte Voruntersuchung wider Hödel ist, soweit  
dieselbe den gegen den Kaiser gerichteten Mord-  
versuch betrifft, nunmehr beendet; die Acten werden  
auch der Oberstaatsanwaltschaft beim Kammer-  
gericht zur weiteren Veranlassung in dieser Sache  
zugehen. Nach den während der Voruntersuchung  
erfolgten Ermittlungen in Bezug auf das Atten-  
tat ist nicht der geringste Anhaltspunkt für  
die Annahme vorhanden, daß noch andere Personen  
außer Hödel an dem Attentat direct theilhaftig  
sind, und die Staatsanwaltschaft hat es auch aus-  
gegeben, nach dieser Richtung hin weitere Ermitt-  
lungen anstellen zu lassen. Dagegen sind dafür,  
daß Hödel den Mord schon einige Zeit vorher  
geplant hat, besonders folgende drei Thatfachen  
durch die Voruntersuchung ermittelt worden. Er-  
stens hat, wie jaungentlich feststeht, Hödel in einer Volks-  
versammlung, welche in Schkenditz bei Leipzig  
stattgefunden hat, mehrere Sätze ausgesprochen, in  
welchen er seine „Freundschaft“ gegen den deutschen  
Kaiser hervorhob, ferner spricht er in dem an seine  
Mutter einen Tag vor dem Attentat gerichteten  
Briefe die Absicht aus, zu einer verhängnisvollen  
That zu schreiten; am gravierendsten sind seine be-  
kannnten Aeusserungen dem Photographen gegen-  
über, wonach dieser mit seinem Hilde binnen  
kurzem ein gutes Geschäft machen würde.  
Diese letzte Thatfache wird übrigens von Hödel  
zugestanden, mit der Motivirung, daß er bei dieser  
prophetischen Aeusserung sich gar nichts gedacht  
habe. — Trotzdem daß nach den erwähnten Ermitt-  
lungen das Attentat ausschließlich von Hödel  
ausgegangen ist und andere Personen daran nicht  
theilhaftig sind, daß das gerichtliche Verfahren also  
mit besonderer Schwierigkeiten zur Klarlegung der  
Thatfachen nicht zu kämpfen haben wird, wird  
doch der Staatsgerichtshof die Sache an sich ziehen  
und seinem Urtheilsenate zur Aburtheilung zu-  
weisen. — Die Verhandlung vor dem Staats-  
gerichtshof wird voraussichtlich öffentlich statt-  
finden.

Aus Stockholm, 25. Mai, wird gemeldet:  
Der Reichstag ist heute ohne besondere Feier-  
lichkeit und ohne Hymne geschlossen worden.  
Die in das Budget eingestellten Einnahmen und  
Ausgaben schließen mit dem nämlichen Betrage ab,  
zur Aufnahme der neuen Anleihe von 18 1/2 Mil-  
lionen Kronen hat der Reichstag seine Zustimmung  
erteilt.

Der französische Minister der auswärtigen An-  
gelegenheiten, Dabington, ist am Sonnabend  
Morgen auf einem Spaziergange mit dem Pferde  
gestürzt und hat dabei einige wenig erhebliche Con-  
tusionen erlitten.

In der spanischen Provinz Geronna ist von  
etwa 30 Individuen, angeblich Republikanern, der  
Versuch gemacht worden, eine ausländische Be-  
wegung hervorzurufen. Die Kubestörer werden  
eifrig verfolgt. In dem ganzen übrigen Catalonien  
herrscht vollständige Ruhe.

Aus Petersburg meldet man: Nachdem von  
der Regierung die Nothwendigkeit anerkannt, der

Zuständigkeit der Schwurgerichte die Aburtheilung  
über politische Attentate und Gewaltthätig-  
keiten gegen Beamte in Ausführung ihrer Amt-  
pflicht zu erziehen, ist man jetzt mit der Aus-  
arbeitung der entsprechenden speciellen Entwürfe  
beschäftigt.

## Landtag.

— ch. Dresden, 25. Mai. Die heutigen  
Sitzungen der Ersten und der Zweiten Kammer boten  
außer einzelnen Episoden kein hervorragendes In-  
teresse dar. Die Erste Kammer setzte die gestern  
abgebrochene Verathung des revidirten Einkommen-  
steuergesetzes fort, dessen erste 13 Paragraphen  
gestern angenommen wurden, wie Dies die Depu-  
tations-Majorität vorgeschlagen hatte. Heute kam  
man bis zu §. 33, dem ebenso wie den vorher-  
gehabten im Sinne der Deputation zugestimmt  
wurde. Der Referent Kammerherr v. Erdmanns-  
dorff war heute ganz wider seine sonstige Ge-  
sinnung auffällig indisponirt, um nicht zu sagen  
gerastet, wie denn die ganzen Verhandlungen, bei  
denen immer und ewig die Grundsteuer das A und  
das O bildete, überhaupt nicht weniger als an-  
regend waren. Um so auffälliger erschien es, daß  
genannter Referent sich gelegentlich eines Ver-  
besserungsantrags des Bürgermeisters Martini  
zu §. 27, betr. die Wahl der Mitglieder der Ein-  
schätzungskommission, der Waffe der Malice bediente.

Erwähnter Bürgermeister hatte nämlich, weil  
die Deputation die Hälfte dieser Mitglieder vom  
Stadttrath und die andere Hälfte von den Stadt-  
verordneten gewählt wissen wollte, unter Hinweis  
darauf, daß Weissen und Plauen einen beide Cor-  
porationen in sich schließenden Gemeinderath be-  
sitzen, für die gebachte Wahl eine ergänzende re-  
dactionelle Aenderung beantragt, die auch An-  
nahme fand. Antragsteller hatte dabei die Worte  
gewählt: „in Städten, die einen Gemeinderath  
besitzen“. Diese Ausdrucksweise wurde vom Ober-  
bürgermeister Dr. Stäbel bemängelt; es müsse  
heißten: „die unter einem Gemeinderathe stehen“,  
was jedoch Bürgermeister Claus in völlig zu-  
treffender Weise als auch nicht der tatsächlichen  
Sachlage entsprechend bezeichnete. Die Stäbel'sche  
Fassung wurde jedoch von dem Antragsteller und  
der Kammer acceptirt. Kammerherr v. Erd-  
mannsdorff konnte sich in seinem Schlussworte  
nicht enthalten, den wohlfeilen malitösen Witz zu  
machen, man habe auch sagen können „in Städten,  
die sich eines Gemeinderaths erfreuen.“ Es wurde  
heute überhaupt viel Silbenspielerei und Wort-  
klauberei exercirt. Beendet ward die Verathung  
noch nicht, sondern bei §. 34 abgebrochen und auf  
Montag Vormittag 10 Uhr vertagt.

Die Zweite Kammer überwiegt zunächst heute in  
Vorberathung das dem Landtag neu zugegangene  
Igl. Decret, betreffend einen Nachtrag zum Budget  
des Staatsaufwandes Abtheilung C (Departement  
der Justiz) auf die Jahre 1878 und 1879 — durch  
dasselbe wird infolge Uebernahme der Schönbur-  
gerische Gerichte gemeinsährig ein Zuschuß von  
29,513 Mark gefordert — der Finanzdeputation  
zur Berichterstattung und beendigte sodann die  
Verathung über das Ausgabebudget betr. Minister-  
sterium des Innern. Eine größere Debatte ent-  
stand zunächst bei Hof. 22d (Aufsicht über Fabriken  
und Steinbrüche, sowie für technische Beaufsich-  
tigung von Dampfkesselanlagen). Auf eine An-  
frage Schmidts bemerkt Geh. Rath Schmalz,  
daß die Mitglieder der in ihrer Thätigkeit in  
Sachen zugelassenen Dampfesellvereine von den  
regelmäßigen Revisionen, nicht aber von den An-  
lagerrevisionen befreit seien. Gegen die Höhe der  
Revisionsgebühr sprechen Illrich, Roth und  
Grahl. Ulke man erklärt, die entfernt  
wohnenden Dampfesellbesitzer würden durch die  
Revisionsvereine mehr geschädigt als gefördert.  
Bunde ist gegen eine Befreiung der Gebühren,  
die Revisionen sollen dem Staate kein Geld kosten.  
Schredt: Der Staat habe allerdings das Recht,  
Uebergriffen seitens der Steinbruchbesitzer zu be-  
gegnet, aber durch die Art und Weise, wie das  
namentlich seitens des Finanzministers geschehe,  
werde vielfach in Privatrechte eingegriffen. Der  
aufgestellte Hochuferplan hat den Zweck, die  
fernere Errichtung von Steinbrüchen und Schutt-  
halden zu hindern, doch verlege derselbe in mehr-  
facher Beziehung das Eigenthum der Adjacenten.  
Er bitte das Ministerium des Innern, den Hoch-  
ufer-Normirungsplan, insoweit bei demselben Privat-  
rechte in Betracht kommen, nochmals in Erwägung zu  
ziehen, auch von Zeit zu Zeit feststellen zu lassen,  
inwieweit das Eigenthum der Adjacenten auf das  
Uferland sich erstrecke. Minister v. Rostk-  
Wallwitz: Bisher sei nur immer darüber ge-  
lagt worden, daß die Regierung nicht darüß genug  
gegen die Steinbruchbesitzer vorgehe. Angenehm  
sei ihm die Aussprache Schredts, welche beweise,  
daß die Frage eine schwierige sei. Der Stand-  
punkt der Regierung sei, daß Niemand berechtigt  
sein könne, sein Eigenthum so zu gebrauchen, daß

dadurch ein großer Verkehrsweg, wie der Elbstrom  
gefährdet werde. (Sehr wahr!)

Zu Hof. 24. Medicinalwesen befürwortet Starke-  
Wittweida die Ausbildung von Heilgehilfen und  
spricht sein aufrichtiges Bedauern über das  
Verhalten des Leipziger ärztlichen Kreisvereins zu  
dieser Frage aus. Er verliest den Schluß des  
betr. Protokolls des Leipziger Kreisvereins, wo-  
selbst es heißt, der Verein habe die ständischen Be-  
schlüsse eines näheren Eingehens nicht für würdig  
erachtet. Redner beantragt gemeinschaftlich mit  
mehreren anderen Deputationsmitgliedern, die Re-  
gierung um Erwägung darüber zu ersuchen, ob es  
nicht zweckmäßig sei, für die Heilgehilfen bestimmte  
Bezirke anzurufen. Scheller ist der Ansicht,  
daß die chemische Centralstelle für öffentliche  
Gesundheitspflege dem darauf verwendeten Auf-  
wande bezüglich ihrer Erfolge nicht entspreche.

Der Antrag Starke wurde gegen 4 Stimmen  
angenommen und die einzelnen Positionen alle in  
gewünschter Höhe bewilligt, auch die Regierung bei  
Hof. 24d ermächtigt, Bezirksärzten nach 15-  
jähriger Dienstzeit Staatsdiener-Eigenschaft zu  
verleihen. Die nächste Sitzung findet Montag  
Abends 6 Uhr statt, und wird in derselben die  
Schlußberathung vorgenommen über den Geset-  
entwurf, betr. die Besteuerung des Gewerbebetriebs  
im Umberziehen.

## Musik.

Gelegentliche Bemerkungen an 2 Opernabend.

Overturen zu Opern schreiben scheint als  
etwas einer gewissen Richtung feindlich ange-  
sehen zu werden und wohl mit Recht. Eine wirk-  
lich künstlerisch gehaltene Overtur, nicht jene  
Potpourris, die man dafür ausgiebt und ganz  
gibt, sondern die Kunst der organischen  
Thema-Entwicklung, während die bewußte Richtung  
loses Bemühen von Formeln liebt. Der Mangel  
an Uebung in der Instrumentalmusik, beruhend  
eben in der fehlenden Begabung dazu, kann aber  
den Opern-Componisten leicht dahin führen, den  
selbständigen, vom Textandruck unabhängigen  
musikalischen Werth ganz zu negieren. Aller-  
dings wird gesagt, die alte Oper sei etwas ganz  
anderes; die melodische Färbung der Singstimmen  
sei nun ausgegeben, statt dessen functionire  
eine Art von musikalischer Declamation, illustrirt  
durch das Orchester, namentlich auch vermittelt  
gewisser immer und immer wiederholter stereotypen  
Formeln. Darum wird die Textdichtung so weit  
ausgehoben, erhält eine solche Anlage, daß sie für  
musikalischen Concentration gar nicht befähigt ist.  
Durch eine solche Zwitterschöpfung wird aber die  
Gefahr heraufbeschworen, nach beiden Seiten hin  
anzustreben und weder Dichter noch Musiker zu be-  
friedigen, wie dies auch thatsächlich der Fall ist.

Welches Mißverhältnis zwischen Orchester und  
Gesangspersonal! Im Ersteren sind alle Effecte  
massirt, namentlich die gewaltigsten Blechmassen  
gehäuft, und Dem gegenüber giebt es weder Chöre  
noch Ensemblestärken, ja, ein ganzer Act ist ausgefüllt  
von einer männlichen und einer weiblichen Stimme.  
— Allerdings ist es möglich, mit diesen Orchester-  
mitteln gewisse Klangeffecte zu erzielen, ganze  
Harmonieereichen mit einer Klangfarbe auszufüllen,  
und für allerlei äußerliche Malereien mag das ganz  
gut zu verwenden sein, aber wenn auch dem Einzel-  
gesang gegenüber, der doch allein stattfindet, solche  
Blechmassen zur Illustration dienen müssen, so  
ruft das den Vorwurf der Uebertreibung hervor,  
der monotonen Ueberfülle, welche freilich in der  
vollständig unmotivirten Ueberwucherung des Or-  
chesters über die Singstimmen wurzelt. Mit welcher  
geringeren Mitteln wußten andere Operncom-  
ponisten dem menschliche Herzen viel näher stehende  
Borgänge wahrhaft musikalisch zu schildern! —  
Die Kraft lag aber in den Gedanken selbst. Diese  
Anwendung massenhafter Instrumentation ist insbe-  
sondere das Einzige, was an die neuere Zeit erinnert;  
der Vocaltheil mit seinem Mangel an jedem stimm-  
lichen Zusammenklang weist auf eine gänzlich  
primitive Musikgestaltung hin, der wir doch längst  
entwöhnt sind. Es ist Dies nun allerdings eine  
höchst bequeme Arbeitsweise, die aber unausblei-  
blich eine Notonie zur Folge hat, die den Hörer in  
den weit geöffneten Räumen der Langweile zu  
versenken droht. Die stereotype Wiederholung ge-  
wisser Formeln ist übrigens eine der pedantischsten  
Ideen, wenn sie im Uebermaß Anwendung  
findet, und von höchst zweifelhafter Wirkung.  
Wenn zwei Personen nun ein ganzes Duzend  
Seiten mit einander in solcher Weise conver-  
siren, nirgends eine Abwechslung eintritt, wenn  
die bis zum Neuesten ausgesponnenen Einzel-  
reden ganze Seiten ausfüllen, so muß des Hörers  
Aufmerksamkeit erlahmen, dem Musiker aber,  
welcher die mit dem Reiz der Mannichfaltigkeit  
geschmückten und doch auf Tiefsie gehen den  
Leistungen anderer Componisten dagegen hält, muß  
das angeblich Neue als ein arger Rückschritt er-  
scheinen, der aber eben nur durchgänglich